

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Joachim Herrmann, Dr. Otmar Bernhard, Markus Sackmann, Manfred Ach, Prof. Ursula Männle**, Reinhold Bocklet, Marianne Deml, Dr. Karl Döhler, Kurt Eckstein, Herbert Fischer, Günter Gabsteiger, Gertraud Goderbauer, Erika Görlitz, Robert Kiesel, Konrad Kobler, Engelbert Kupka, Christa Matschl, Dr. Helmut Müller, Johann Neumeier, Sepp Ranner, Sebastian Freiherr von Rotenhan, Herbert Rubenbauer, Angelika Schorer, Henry Schramm, Max Strehle, Heinrich Traublinger, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Georg Winter, Alfons Zeller und **Fraktion CSU**

Drs. 15/99

Nationaler Stabilitätspakt: Keine Haftung Bayerns für die Verschuldung des Bundes und anderer Länder

Der Landtag sieht die aktuellen Vorkommnisse um den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt mit Sorge. Er stellt fest, dass eine konkrete nationale Umsetzung einer Stabilitätsvereinbarung, in der das Verursacherprinzip verankert wird, äußerst dringlich ist. Er fordert daher die Staatsregierung auf, mit Nachdruck auf eine derartige Vereinbarung in Form eines Staatsvertrags hinzuwirken.

Der Landtag ist äußerst besorgt über die historische Rekordverschuldung der rot-grünen Bundesregierung und die zur Abwendung eines Defizitverfahrens auf europäischer Ebene von der rot-grünen Bundesregierung in Kauf genommene schwere Beschädigung des Europäischen Stabilitätspakts, der Geschäftsgrundlage für die Umstellung der stabilen DM auf den Euro als Gemeinschaftswährung war.

Der Landtag äußert ferner seine Besorgnis, dass angesichts der Politik der rot-grünen Bundesregierung sowohl für das Jahr 2004 als auch für das Jahr 2005 und damit zum dritten und vierten Mal in Folge ein Verstoß gegen die Stabilitätskriterien und Defizitgrenzen zu befürchten ist. Der daraus bereits entstandene und sich verstärkende Vertrauensverlust und die daraus mittelfristig resultierenden Gefahren für die Währungsstabilität des Euro werden missbilligt.

Der Landtag stellt fest, dass der Kurs einer nachhaltigen Haushaltspolitik in Bayern weiter verfolgt werden soll und hierzu die aktuellen Sparmaßnahmen und angestrebten Strukturveränderungen einen wesentlichen Beitrag leisten.

Der Landtag betont, dass sich Bayern mehr als stabilitätskonform im Sinne der EU-Vorgaben verhält, weil es seinen anteiligen Spielraum von 3 % Defizitlimit gerade einmal zur Hälfte ausschöpft.

Der Landtag bekräftigt deshalb seine Auffassung, dass Bayern nicht für die Verschuldung des Bundes und anderer Länder haftet und sich daher nicht an etwaigen Strafzahlungen aufgrund eines europäischen Defizitverfahrens beteiligen wird. Wer nicht solide wirtschaftet, muss die Folgen der Defizitüberschreitung verantworten.

Der Präsident

I.V.

Barbara Stamm

I. Vizepräsidentin